



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Petra Guttenberger, Dr. Stephan Oetzinger, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder und **Fraktion (CSU)**

75 Jahre Bayerische Verfassung – 75 Jahre gelebte Demokratie

Der Landtag wolle beschließen:

Mit Blick auf das diesjährige 75-jährige Jubiläum der Bayerischen Verfassung und die Auswirkungen der Coronapandemie, angesichts derer sich ein zunehmendes Maß an Angriffen und Anfeindungen gegen unsere Demokratie offenbart und vonseiten extremistischer Gruppierungen unterschiedlichster Couleur verstärkt an den Grundfesten unserer Demokratie zu rütteln versucht wird, wird die Staatsregierung aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel

- zu prüfen und zu berichten, mittels welcher Maßnahmen und Projekte im Bereich Demokratie- und Partizipationsförderung gerade vulnerable Zielgruppen wie Kinder und Jugendliche, aber auch Menschen mit existenziellen Krisenerfahrungen innerhalb von Kita, Schule sowie Sozialeinrichtungen gegebenenfalls noch besser und frühzeitiger erreicht werden können, denn gerade jene Gruppen sind es, welche Extremisten gezielt für ihren radikalen Weg gewinnen möchten und die – auf der Suche nach Identität und Zugehörigkeit – für radikale Ansprachen in besonderem Maße empfänglich sind.
- zu prüfen und zu berichten, mit welchen Maßnahmen und Projekten der politischen schulischen und außerschulischen Präventions- und Bildungsarbeit künftig noch stärker auf Fake News, Desinformation und Verschwörungsideologien reagiert werden kann, da diese eine nicht zu unterschätzende Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft darstellen, indem sie das Misstrauen in die Wissenschaft und Demokratie schüren und gesellschaftliche Spaltungen vergrößern, wie dies in den vergangenen Jahren unter anderem auch besonders deutlich für den Bereich der Verbreitung antisemitischer Hetze über das Internet und soziale Medien wurde, in der alte Vorurteile gegenüber Jüdinnen und Juden aufgegriffen und in neue Konzepte eingebettet wurden und extremistisches und antisemitisches Gedankengut aufgrund der sich beschleunigenden Reproduktion zunehmende Streuung und Verfestigung innerhalb der Gesamtgesellschaft erfahren hat.
- schulische Angebote und Projekte wie Lernen durch Engagement oder das Projekt „Lernort Rathaus“ als virtueller Lernort der politischen Bildung der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit kontinuierlich weiterzuentwickeln, zu befördern und dafür zu nutzen, Kindern und Jugendlichen Sozialkompetenzen, Verantwortungsbewusstsein, Solidarität sowie unverhandelbare Werte unserer demo-

kratischen Gesellschaft praxis- und lebensweltnah zu vermitteln sowie ihnen frühzeitig Partizipationsmöglichkeiten aufzuzeigen und sie für Engagement in Politik und Gesellschaft zu begeistern.

- ihr vielfältiges Engagement zugunsten kommunaler Prävention und Partizipation fortzuführen und auszubauen. Insbesondere sollen interessierte Kommunen bei einer qualitätsorientierten Etablierung und Pflege von Partizipationsnetzwerken unterstützt werden. Auf diese Weise sollen der Dialog zwischen verschiedenen Akteursgruppen vor Ort gefördert und gute Ansätze zur Partizipations- und Demokratieförderung sowie Radikalisierungsprävention in der jeweiligen Kommune qualitativ weiterentwickelt werden. All dies mit dem Ziel, die Bürgerbeteiligung in der kommunalen Demokratie zu vertiefen – denn: Demokratie muss zuallererst im Alltag und vor Ort gelebt werden!
- die Bildungsangebote zu „Demokratie in Europa, Demokratie durch Europa“ in Bayern durch schulische und außerschulische Angebote weiter zu stärken, die gerade im Zuge der laufenden „Konferenz zur Zukunft Europas“ einen wichtigen Beitrag darstellen.
- zu berichten, welche Maßnahmen und Projekte im Rahmen des Bayerischen Jahres der Jugend 2022 mit dem Ziel gelebter Demokratie und Partizipation von der Staatsregierung unterstützt und gefördert werden.

Begründung:

2021 wird die Bayerische Verfassung 75 Jahre alt. Im Juli 1946 trat die gewählte Verfassunggebende Landesversammlung in München zusammen und erarbeitete eine Verfassung, die am 1. Dezember 1946 durch einen Volksentscheid von den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern angenommen wurde. Sie bildet bis heute das Grundgerüst für einen modernen, bayerischen Rechtsstaat und mit ihren plebiszitären Elementen ist sie eine Verfassung, die das Volk als Souverän ernst nimmt und diesem viel zutraut. Gerade Krisenzeiten wie die Coronapandemie haben uns aber auch deutlich vor Augen geführt, dass Aufklärungs- und Bildungsarbeit sowie Präventions- und Partizipationsförderung zu den zentralen Eckpfeilern für ein friedliches Miteinander innerhalb der demokratischen Gesellschaft gehören – dass diese wesentliche Voraussetzung zur Sicherung von Pluralismus, Meinungsfreiheit, Toleranz, Gleichberechtigung und letztlich auch zur Sicherung der Demokratie an sich sind.